GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NMER 184 B · BERLIN • Sonntag, den 7. August 1932 · 1. JAHRGANG

Arbeiterparteien fordern endlich das Verbot der SA.

Weitere Klassenurteile. / Nazi-Presse hetzt unbehelligt weiter. / Neue Attentate.

Ein sonderbarer Reichskommissar.

Von Willi Eichler.

"Gleichsam, um die Augen abzulenken von den ruchlosen Mordbuben in Königsberg, läßt Herr Bracht (am ausführlichsten natürlich in dem Oberhetzer-Blatt „Berliner Börsen-Zeitung") zusammen mit dem Bericht über die Täterschaft der SA verkünden:

„Der Reichskommissar legt bei dieser Gelegenheit Wert auf die Feststellung, daß den Ausschreitungen in Königsberg wie auch in Schleswig-Holstein, soweit sie sich gegen links richteten, sehr viel zahlreichere Fälle von Linksterror vorangegangen sind. — — —

Diese Terrorakte von linksstehenden Kreisen müßten zum **mindesten als ein psychologisches Motiv für die Ausschreitungen der Nationalsozialisten in Rechnung gestellt werden. Es gehe jedenfalls nicht an, wenn ein Teil der Presse die letzten Vorgänge lediglich auf das Schuldkonto der Nationalsozialisten schiebe.**

Daß die Kommunisten in der überwiegenden Mehrzahl aller Ausschreitungen die Angreifer waren, gehe zweifelsfrei hervor aus einer im preußischen Innenministerium hergestellten Statistik, der zufolge es in der Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli in ganz Preußen mit Ausnahme Berlins zu insgesamt 322 Terrorfällen gekommen ist, wobei es 72 Tote und 495 Schwerverletzte gegeben hat. Die Statistik stellt ausdrücklich fest, daß in 203 von diesen Fällen die Kommunisten, in 21 Fällen das Reichsbanner und in 75 Fällen die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Bei 21 Fällen ist die Schuldfrage nicht geklärt. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Statistik noch auf Angaben der preußischen Regierungspräsidenten zurückgeht, die vor dem Regimewechsel in Preußen, also noch unter der alten preußischen Regierung, von den Regierungspräsidenten nach Berlin weitergeleitet worden sind."

Die Feststellung, was für psychologische Hintergründe bei einer bestimmten Tat bestehen, geht die Polizei gar nichts an. Sie hat festzustellen, wer der Täter ist. Die andere Sorge kommt den Gerichten zu, die für die Strafzumessung natürlich auch die Begleitumstände zu bewerten haben. Obendrein irrt Herr Bracht in bezug auf die „Hintergründe" gewaltig.

Am unglaublichsten allerdings ist es, daß Herr Bracht glaubt, mit seiner famosen Statistik Eindruck zu machen. Wer — was wir fast täglich im „Funken" melden — erfahren hat, wie selbstverständlich fast allemal einem Nazi vom Gericht geglaubt wird, was er sagt, und wenn es eine faustdicke Lüge ist, und wie fast allemal Kommunisten verurteilt werden, und seien die Gründe noch so fadenscheinig, — der wird sich über eine solche „Statistik" des fürsorglichen Nazibeschützers Bracht das richtige Urteil bilden. Wie sehr bei der Behandlung der Kommunisten alles Recht verschwunden ist, wird bewiesen durch die nahezu ungehinderte Schreibweise der Nazi-Zeitungen, die offen zur „Vergeltung" auffordern. Der Artikel des „Völkischen Beobachters", der dem Reichsbanner Anlaß gegeben hat, das Verbot dieser in hysterischer Weise zum Morde treibenden Zeitung zu fordern, steht im Auszug an anderer Stelle dieser Nummer. Da Herr Bracht, wie wir aus seinen Handlungen entnehmen, sicher auch den „Angriff" oder den „Beobachter" (der sich am besten einmal beobachten ließe) kennt, kann es ihm doch unmöglich entgangen sein, daß die Ausdrücke dieser Blätter von keinem anderen auch nur annähernd erreicht werden. Aber um wenigstens etwas Ruhe vor diesen Hetzereien zu haben, muß erst durch private Initiative angeregt werden, den Herren Rosenberg und Goebbels den hemmungslos fließenden Redestrom zu stoppen.

Durch solche Taten und Unterlassungen verscherzt sich der Herr Kommissar auch noch den Rest von Vertrauen, der ihm angesichts der merkwürdigen Art seines Amtsantritts nur verblieben war.

Die Nazis sind rund zwei Dritteln des deutschen Volkes (sogar den ehemaligen Freunden: den Deutschnationalen ganz sicher als Phrasenmacher und Schlimmeres bekannt. Wenn die leitenden Beamten das nicht sehen, dann kann das Volk kein Zutrauen zu ihnen haben. Wir glauben nicht, daß Herr Dr. Bracht die Nazis besonders liebt — aber wir glauben, daß er ihr Gefangener ist, genau wie Herr von Papen und seine Regierung, die die Herren vom Hakenkreuz als „Gegengift" benutzt gegenüber dem Kommunismus. Einer solchen Bewegung aber, wie den Nazis, darf man nicht den Finger reichen; sie nehmen dann, wie ihr Kollege aus der Unterwelt, die ganze Hand. Wenn Herr von Papen und Herr Bracht sich persönlich in Gefahr begeben wollen — bitte schön! Das republikanische Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft verbitten es sich, auf ihrem Rücken von Amts wegen ausprobieren zu lassen, wie weit die Gemeinheit der Leute mit dem „langen Messer" geht.

Die Teile des deutschen Volkes, die keine Faschisten sind, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, hat leider noch immer keine Schritte unternommen, um den Faschisten — und zwar den beamteten und unbeamteten — deutlich zu erkennen zu geben, wie unerwünscht und falsch am Platz sie sind.

Wir sagen: „deutlich". Denn die Zählung der Proteststimmen vom 31. Juli rührt so hartgesottene Brüder nicht. Dazu muß kommen die Veranstal-

Anträge im preußischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Auflösung der SA gefordert wird. Der Reichskommissar solle in einem Landtagsbeschluß ersucht werden, seinen Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, die nationalsozialistische SA sofort aufzulösen, die SA-Heime sofort zu schließen, sowie die stark bedrohte persönliche Freiheit führender Republikaner und der Arbeiterbewegung, wie auch **die Einrichtungen dieser Organisationen mit allem Nachdruck zu schützen.**

Die kommunistische Fraktion verlangt gleichfalls in einem Antrag die Auflösung der SA und SS sowie aller sonstigen militärischen Formationen.

Weitere sozialdemokratische und kommunistische Anträge verlangen die Aufhebung der Notverordnung über die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung und die Einsetzung des Reichskommissars.

Die Kommunisten haben ferner Anträge eingebracht, dem Landtagspräsidenten Kerrl das allerschärfste Mißtrauen auszusprechen, die Notverordnung zur Sicherung des inneren Friedens und alle bestehenden Zeitungsverbote aufzuheben.

Wieder vier Sprüche Klassenjustiz.

SA-Trupp überfiel Reichswehrsoldaten.

1. In Konstanz fielen in der Nacht nach dem Wahlsonntag etwa 30 SA-Leute auf der Straße über vier Menschen her, um sie zu verprügeln. Ein SA-Führer drohte dabei, wie die Gerichtsverhandlung ergab, mit der Waffe. Die Angegriffenen waren — Reichswehrsoldaten, einer von ihnen in Uniform, die anderen in Zivil. Sie hielten einen Teil der Banditen fest, bis Polizei die Namen festgestellt hatte; 20 Banditen flüchteten. Die Banditen waren bewaffnet; in ihrem Versteck wurden Pistolen, Munition und Stahlruten gefunden.

Dieser Fall kam vor dem Schnellgericht zur Verhandlung. Die SA-Leute sagten aus,

sie hätten angenommen, daß es sich um Kommunisten gehandelt hätte.

Der Schnellrichter fand die Tatsache, daß uniformierte SA über Reichswehrsoldaten herfällt, „so ungeheuerlich", daß er den Anführer mit sechs Monaten, die anderen mit je drei Monaten Gefängnis bestrafte.

Zum Vergleich: In Görlitz wurde vor ein paar Tagen ein sozialdemokratischer Abgeordneter zu drei Monaten Gefängnis (mit Bewährungsfrist) verurteilt, weil er ein paar Schüsse in die Luft (mit Absicht) abgegeben hatte, als er in einer Versammlung von Nazis bedrängt wurde. Und der Hamburger Schnellrichter verurteilte ebenfalls vor ein paar Tagen zwei junge Menschen (keine Nazis), die bei der Schießerei im Gängeviertel verhaftet worden waren, zu je zwei Jahren Gefängnis; und zwar, weil sie eine Schußwaffe geführt (nicht etwa benutzt) und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" geleistet hatten.

2. Ein weiteres Vergleichsurteil lieferte am Donnerstag das Gericht in Limburg: der KP-Führer Reh wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er einen NS *mit der Faust* niedergeschlagen hatte, nachdem Kommunisten den Nazi umstellt haben sollen.

3. Ebenfalls am Donnerstag verhandelte das Limburger Schnellgericht gegen vier NS. Der Vorfall, um den es sich handelte, war folgender:

Der Sturmführer Jans in Dauborn behauptete, am Wahlabend als „dummer Nazi" angepöbelt worden zu sein. Er ist dann in eine Scheune gegangen, in der 34 SA-Leute lagen, und hat drei beauftragt, seine „Beleidiger" niederzuschlagen. Die drei gingen los. Unter ihnen ragte Munsch hervor, weil er wegen eines Sprengstoffattentats (übrigens auf ein Pfarrhaus!) 18 Monate Zuchthaus erhalten hatte, auf Grund der Amnestie jedoch freigelassen worden war. Die drei stießen auf einen Trupp junger — Deutschnationaler, fielen über sie her und verletzten mehrere von ihnen schwer. Munsch brachte einem der Jungen einen lebensgefährlichen Dolchstich in den Rücken (!) bei. In die Scheune zurückgekehrt, rief Munsch: „Mach' Licht, wir wollen uns säubern!"

Vor Gericht sagten sie, sie hätten geglaubt, Kommunisten vor sich zu haben!

Urteil: Jans fünfzehn Monate Gefängnis; Munsch zwei Jahre Gefängnis; die beiden anderen SA-Leute sechs bzw. fünf Monate Gefängnis.

Auffällig ist in diesem Fall — wie bei dem Ueberfall auf die Soldaten —, mit welcher Selbstverständlichkeit die Mordknechte bei den Richtern die Neigung voraussetzen, den Umstand, daß die Ueberfallenen für Kommunisten gehalten wurden, als mildernden Umstand gelten zu lassen.

4. Der Königsberger Schnellrichter verurteilte fünf Kommunisten zu Geldstrafen von 30 bis zu 50 Mark. Was hatten sie getan? Sie hatten sich geschlossen (!) mit Kränzen und Fahnen zur Trauerfeier für ihren ermordeten Genossen Sauff zum Krematorium begeben und dadurch gegen das Verbot einer Demonstration (!) bei der Beerdigung verstoßen!

Dem „Vorwärts" wird über diese Verhandlung berichtet, daß der Zuhörerraum mit bekannten Königsberger SS-Leuten gespickt war, die sich bei dem Aufruf der Angeklagten eifrig Namen und Adressen notierten. Nach der Verhandlung zog der Schupowachtmeister, der als Hauptbelastungszeuge aufgetreten war, mit den SS-Leuten in das Bahnhofsrestaurant.

tung wuchtiger Demonstrationen, unter Umständen Streiks — selbstverständlich bei einheitlicher Durchführung innerhalb der Arbeiterschaft.

Wohin man also auch blickt: die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront drängt sich immer wieder auf. Die Not der bevorstehenden Kämpfe gegen das wildgewordene Nazitum hilft hier vielleicht mehr als die Logik ruhiger Ueberlegungen — so traurig es auch ist, dies feststellen zu müssen. Aus Allenstein wurde bereits gemeldet, daß eine solche Einheitsfront spontan gebildet worden sei — sogar unter Beteiligung der christlichen Gewerkschaften. Die verantwortlichen Stellen zögern noch immer damit.

Können sie noch zweifeln, daß es um entscheidende Dinge geht?

Vorläufig keine weitere SA-Polizei.

Amtlich wird mitgeteilt:

Beim Reichsminister des Innern fand heute eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin und dem Innenminister von Braunschweig über die in der Presse erörterte Aufstellung von Hilfspolizei statt. Die Besprechung ergab, daß es sich in den Ländern im wesentlichen um Ueberlegungen handelt, wie die Ruhe und Sicherheit im Bedarfsfalle aufrechterhalten werden könne. Soweit schon Schritte zur Verstärkung der Polizei getan sind, handelt es sich um vorübergehende Maßnahmen, die in Kürze wieder aufgehoben werden.

In einer ergänzenden Meldung wird mitgeteilt, daß der Reichsinnenminister in der Konferenz durch Darlegung der Pläne der Reichsregierung für die Bekämpfung des Terrors die drei Länderminister dazu bewogen hat, vorläufig auf die Einrichtung einer Hilfspolizei zu verzichten. Die oldenburgische soll bald wieder aufgehoben werden.

Die Stärkung der Nazis durch direkte Einreihung in die Polizei möchte die Regierung Papen also nicht. Die SA soll zwar Republikaner terrorisieren — aber zur Macht gelangen und sie behalten, möchten Schleicher und Kollegen. Die Rechnung ist zwar nicht ungeschickt, aber sie kann leicht schief gehen, — Goethes Zauberlehrling weiß davon ein Lied zu singen.

Herr Röver weiß genau . . . !

Er weiß, daß Polizei und Reichswehr nichts mit Politik zu tun haben. Das betonte er in einer Ansprache an die oldenburgische Polizei und Gendarmerie. Und das tut er, obwohl er ausgerechnet SA-Leute als Hilfspolizisten einstellt und sein Kollege in Braunschweig erwägt, ob man außer SA-Leuten auch solche aus dem „Stahlhelm" nehmen könnte. — Woher hat Herr Röver die Fertigkeit in der Behandlung der Wahrheit? Ganz einfach: Er war von 1916 bis 1918 in der Propagandaabteilung der Obersten Heeresleitung tätig.

Das Lausanner Protokoll im Abstimmungswürfelbecher.

Am Donnerstag nachmittag befaßte sich *der Hauptausschuß* des österreichischen Nationalrats mit dem Lausanner Protokoll. Nachdem auch hier in einer längeren Aussprache die Gegensätze aufeinandergeplatzt waren, wurde das Protokoll **mit elf gegen zehn Stimmen** angenommen. Auf einen Antrag des Landbundes hin, hat der Ausschuß dabei erklärt, er halte bei der Auslegung des Protokolls daran fest, daß für Beschlüsse des Völkerbundsrats, der künftig Konsequenzen aus dem Genfer Protokoll von 1922 ziehen würde, Einstimmigkeit erforderlich sei. — Nachträgliche Interpretationen sind immer eine heikle Sache. Wer wird sich daran halten, wie man in Wien den Vertrag auslegt?

In der nächsten Woche wird das Lausanner Protokoll der *Vollversammlung* des Nationalrats vorgelegt werden. Bei der knappen Mehrheit, die das Protokoll im Ausschuß erhalten hat, und bei der Stimmengleichheit, mit der der von den Großdeutschen um des Protokolls willen eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß abgelehnt wurde, läßt sich über den Ausgang der Abstimmung noch nichts mit Sicherheit voraussagen. Das zufällige Fortfallen auch nur einer Stimme kann die Annahme oder die Ablehnung des Protokolls herbeiführen.

Das deutsche „Zentrum" ist in großer Sorge. Es ist, im Gegensatz zu seiner österreichischen Bruderpartei, den Christlich-Sozialen, ein entschiedener Gegner des Protokolls, wegen des Anschlußverbots, das in dem Protokoll neu aufgenommen worden ist. Die Katholiken Oesterreichs sind, wie ihr verstorbener Führer Seipel, an dem Anschluß an das vorwiegend protestantische Deutschland nicht interessiert. Brüning erwartet von dem Anschluß offenbar eine Stärkung des Katholizismus, jedenfalls des deutschen Katholizismus.

Die „Germania" geht in ihrem Bericht vorsichtiger Weise über die Haltung der Christlich-Sozialen stillschweigend hinweg. Ihr Angriff richtet sich gegen die deutsche Delegation in Lausanne, die sich aus der Beratung über das Protokoll zurückgezogen hat, statt alles daranzusetzen, um es zu Fall zu bringen. Die „Unterwerfung" Oesterreichs *„unter reichsdeutscher Beihilfe"!* — Wieder einer ihrer Nasenstüber an die Adresse der Papen-Regierung.

Offenbar im engen Zusammenhang mit der kritischen Lage, in der sich die österreichische Regierung mitsamt dem von ihr verteidigten Lausanner Protokoll augenblicklich befindet, steht eine sehr beachtenswerte und erfreuliche Tatsache: Unter Hinweis auf eine frühere Verordnung hat die österreichische Regierung am Donnerstag abend bekanntgegeben, daß in Zukunft Ausländer, die sich in Oesterreich als politische Agitatoren betätigen und darauf hinarbeiten, Ruhestörungen sowie gewalttätiges Vorgehen gegen politische Gegner hervorzurufen, ausgewiesen werden sollen. Das ist die zustimmende Antwort auf die Hinweise der Christlich-Sozialen im Nationalrat, die ihre Verteidigung der Regierungsparole mit einem energischen und kräftigen Angriff auf die Nazi-Propaganda in Oesterreich verbunden haben. Die „Reichspost" schreibt am Freitag zu dem Regierungserlaß: „Diese zeitgemäße Verlautbarung mögen sich die Importredner und -schreiber der Nationalsozialisten zur Warnung dienen lassen!" Die Ausweisung Habichts, des Mittelsmannes zwischen Hitler und den österreichischen NS, ist erneut erwogen worden. Hoffentlich bleibt es nicht beim bloßen Erwägen!

Krise in der Lappo-Bewegung.

Die Attentate, die, offenbar von Lappo-Leuten, vor wenigen Wochen auf den finnischen Wehrminister ausgeübt worden sind und denen der Minister nur gerade eben entkam, haben, wie es scheint, für die Lappo-Bewegung selber weitgehende Folgen. In einer Riesenversammlung der Lappos, die im Anschluß an diese Ueberfälle einberufen worden ist und an der, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, etwa 14 000 Personen teilnahmen, traten eine große Anzahl Redner energisch gegen derartige Terrorakte auf. Die radikalen Redner, die zu weiteren Attentaten und Putschen zu hetzen suchten, drangen demgegenüber nicht durch. Die Versammlung nahm die folgende Entschließung an:

„Wir verurteilen nachdrücklichst eine Bewegung, die den Gang des friedlichen Lebens durch sinnlose Gewaltakte unterbricht und die Tätigkeit der Gerichte verhindert. Wer für eine gesetzliche Ordnung im Lande ist, der unterstütze tatkräftig die Regierungsorgane. Wir erwarten von der Regierung rücksichtslose Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande."

Diese kaum glaubhafte Erklärung, wonach die bisher aufständische Bewegung jetzt nicht nur Legalität, sondern positive Unterstützung der Regierung von ihren Führern fordert, zeigt wieder, wie diese faschistischen Bewegungen ein Sammelsurium von Unzufriedenen darstellen, deren Zusammenfassung unter feste Prinzipien nicht gelingt. Die Folge davon ist dann, daß wenn sich eine solche Bewegung nach einer Seite hin exponiert oder wenn sie exponiert wird — sei es, daß Gruppen von ihr zum Terrorismus übergehen, oder daß ihr durch einen Zugriff der Regierung plötzlich ihre Führer genommen werden —, die Bewegung auseinanderbricht und beispielsweise Entschlüsse annimmt, die zu der bisherigen Führung im krassen Gegensatz stehen. Beide Erscheinungen, sowohl Terrorakte wie Lahmlegung der Führer, sind in der Lappo-Bewegung ans Licht getreten. (121 ihrer Führer stehen gerade wegen der Mäntsälä-Unruhen vor Gericht.) Die Entschließung, die jetzt gefaßt worden ist, ist die Reaktion darauf. Es erweckt den Eindruck, als wenn die Massen, die hinter dieser Resolution stehen, nunmehr zu retten suchen, was zu retten ist. Es bleibt zwar immer ein gewagtes Spiel, nachdem die extremen Forderungen abgeschlagen worden sind, durch Loyalitätserklärungen für die gemäßigteren Forderungen zu plädieren. Denn wer will sagen, ob diese Erklärungen das Produkt von Angst sind oder einer wenn auch verspätet sich durchsetzenden Besonnenheit. Wie es damit in Finnland steht, läßt sich nach den bisher vorliegenden Meldungen noch nicht sagen.

Gleichberechtigungpläne.

Mit Entrüstung meldet die Rechtspresse von einem geplanten Besuch des deutschen Völkerbundsdelegierten Nadolny in Paris wegen der Frage der Gleichberechtigung.

Als Grundlage der Verhandlungen sei die prinzipielle Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands durch Frankreich gedacht, während das Reich die Verpflichtung übernehmen werde, eine gewisse Grenze der Rüstungen, die unterhalb des französischen Rüstungsstandes liegen solle, nicht zu überschreiten. Deutschland fordere in erster Linie die Zulassung der im Versailler Vertrag verbotenen Waffengattungen und wolle in diesem Sinne eine Modernisierung der Reichswehr durchführen. In jedem Falle solle die französische Rüstungsstärke die deutsche um einen gewissen Hundertsatz überschreiten.

Das „Berliner Tageblatt" hat zu diesen Gerüchten erfahren, daß noch nichts Bestimmtes über die Reisepläne des Botschafters bekannt sei. Er wird also wohl nach Paris fahren und dort um den Preis der „Gleichberechtigung" mit Frankreich ratschlagen, wie der Rüstungsstand der Reichswehr aussehen soll. Für deutschnationale Souveränitätsansprüche bereits ein entehrendes Vorgehen, für Herrn von Schleicher wahrscheinlich ein vernünftiger Weg, um mit seiner „Modernisierung" des Heeres vorwärts zu kommen, ohne von Herriot einen Strich durch die Rechnung zu erhalten — für uns: die Fortsetzung des Genfer Kriegervereins.

Friedliche Aussichten in Südamerika.

Da auch Bolivien sich bereit erklärt hat, ein Schiedsgericht anzuerkennen, werden die Aussichten einer friedlichen Regelung zwischen Bolivien und Paraguay, wenigstens in Buenos Aires, woher diese Meldung stammt, wieder günstiger beurteilt. Nur die Forderung, schon jetzt die Truppen zurückzuziehen, stößt noch auf Widerstand. Die Erregung, die in der Bevölkerung angestachelt worden ist, wird von den Regierungen aus nicht ohne weiteres abgeblasen werden können. Sie war so weit gediehen, daß „Weiber zu Hyänen wurden", was man allerdings in diesem Fall „Amazonen" nannte. Sie hatten den fürchterlichen Schwur getan, sich weder zu pudern noch zu schminken, solange der „Feind" nicht geschlagen sei. Das Zugeständnis der bolivianischen Regierung, die sich in militärischer Hinsicht Paraguay überlegen fühlt, wird überhaupt wohl nur darauf zurückzuführen sein, daß die Nachbarstaaten gedroht haben, die Grenzen zu sperren.

„Ostwind".

H. L. „Ostwind. Roman der oberschlesischen Katastrophe." So nennt August Scholtis sein Buch, das jetzt im S. Fischer-Verlag, Berlin, erschienen ist. (354 Seiten, geheftet 3,25, kartoniert 3,80, Leinen 4,80 Mark.)

Der Titel verheißt in der heutigen Zeit nationalistische Phrasen. Die geschichtlichen Einzelheiten aus Oberschlesiens Vergangenheit kenne ich nicht. Was werde ich in diesem Buch vorgesetzt bekommen? Ich beginne zögernd zu lesen. Ich werde aufmerksam, erstaunt, überrascht. Ich bekomme allmählich den Eindruck: hier wird die Wahrheit gesagt, hier zeigt ein Dichter uns die Wirklichkeit, harte Tatsachen ohne Beschönigungen; hier werden freie, unbefangene, kraftvolle Worte gesprochen, Worte, die dem unverbildeten, gesunden, ursprünglichen Rechtsgefühl des Menschen entspringen.

Oberschlesien von der Vorkriegszeit bis zur Abstimmung. Ein erschütterndes Bild! Anklage gegen die Blutsauger: Großagrarier und Industriebarone, Anklage gegen den Wahnsinn des Nationalismus, Anklage gegen die „Kulturtaten" der Kirchen!

„Die Grube ist ein ganz harmloses Herdentier.

Durch Häuser, durch Kirchen, durch Friedhöfe, durch Siedlungen, Städte und Wälder brodelt ihr Dasein, gichtet, schnaubt ihr Atem und pocht und hämmert und stößt und dröhnt.

Bim.

Und wieder ruckt ein Rudel vollbepackten Menschenschweißes aus ihrem dunklen, ahnungslosen Maul.

Bimbim.

Die Räder des Förderturmes spielen . . .

So leicht. So traumhaft. So federnd. So enthoben aller Schwere. So festlich. So gewandt. So zuversichtlich. So sicher. So allverständlich.

Bimbim.

Die Grube ist ein Herdentier und nimmt mit Menschen vorlieb. Sie zerstieben auf der ersten Sohle.

Bimbim.

Auf der zweiten Sohle.

Bimbim.

Auf der dritten. Auf der vierten. Bimbimbim.

In allen unterirdischen Winden hacken und bohren, stöhnen und fluchen, beten und weinen, singen und rufen Menschen

. . .

Menschen."

„. . . Das ist nun mein sogenanntes Leben unter Tage. Unter Tage auch bohren, hämmern, sprengen und fluchen meine Gedanken. Kumpel bin ich, so sagt man.

Viel Haß ist in meinen Augen . . . o ich weiß . . . denn in meinem Magen ist meistens nichts denn ein bißchen Säure . . . gallig und grün.

Unter Tage . . .

Unter Tage heißt, diejenigen hassen, die über Tage nicht wissen, was unter Tage heißt.

Unter Tage kreist meine Seele.

Unter Tage . . .

Verstehe mich, o Freund, der du die Sonne schaust Tag um Tag, was es bedeutet, von Sekunde zu Sekunde, von Hieb zu Hieb auf den Tod gefaßt zu sein. Von Schlag zu Schlag die Gewißheit zu erneuern, daß nichts weiter los ist mit diesem Leben für die Kumpels unter Tage.

Unter Tage . . .

Das heißt geboren werden von ausgequetschten Müttern. Genährt werden von ausgetrockneten Brüsten. Zu Grabe getragen werden von ausgemergelten Männern.

Was dazwischen lag, war Unter Tage.

Glaube mir, o Freund, daß es keine ewige Seligkeit mehr gibt für die Unter Tage.

Es gibt nur ein Geborenwerden.

Es gibt nur ein Gestorbensein.

Dazwischen unter Tage.

Dahinter die ewige Seligkeit des Nichts . . ."

Die Bauern und Landarbeiter seufzen unter der Herrschaft und der Knute der Standesherren und der Großagrarier. Ihr Ruf: „Ackerland wolln wir haben."

„. . . der oberschlesische Industriebezirk ist ein gewaltiges und einziges Labyrinth der verhörtesten Interessensphären und einiger fünf geldaristokratischen Familien. Ganze Städte gehören heute noch einer einzigen Familie . . . die jeden Schritt des Grund und Bodens zähe umkämpft . . ."

Regent des Gebiets ist der allmächtige Trockenbrott (lies: trocken Brot), Generaldirektor der wichtigsten Kohlengruben und Hüttenwerke, Besitzer einer ganzen Grafschaft von Wäldern, Herr über 35 Domänen von 3000 Morgen Durchschnittsgröße. Um seines und seinesgleichen Profit geht es — auf deutscher wie auf polnischer Seite. Die Kirchen im Bunde mit ihnen: sie lassen das Volk in Unwissenheit dahinvegetieren, lassen es in Schmutz und Dreck. „Kulturbringer" nennen sie sich!

„Die erste heilige Kommunion.

Kaczmarek war soeben zwölf Jahre alt geworden und ging zum Kommunionunterricht, den Hochwürden in polnischer Sprache abhielt:

„Wenn ihr bei der Generalbeichte vor der ersten heiligen Kommunion eine Sünde auslaßt, dann kann es passieren, daß euch beim Empfang des allerheiligsten Sakramentes der Schlag trifft, der euch also vom Leben zum Tode befördert."

Kaczmarek merkte sich vor allem diese Worte Hochwürdens genau, in ihrer grauenhaften, gruseligen und greifbaren Realität."

. . . . . .

„O Mensch, gedenke, daß du Staub bist . . .

Kaczmarek dachte an seinen jähen Tod, und weil die Sonne durch die barocken Kirchfenster spielte, war der Gedanke umso grausamer. Dann ging er, das erstemal in seinem Leben der Würde befunden, mit der Kerze um den Altar zum Opfergang und warf ein Scherflein in den Kasten.

Schon bimmelte das schmale Glöckchen zur Wandlung.

Nun aber schon zur Kommunion.

Hochwürden unterbrach die Messe und hielt an die Kommunikanten eine Predigt.

Die Weiber schluchzten laut.

Dann begann der Akt.

Kaczmarek bat Gott inständigst um Gnade, um Abwendung des jähen Todes. Die Sonne, die von draußen im Frühlingswind lockte, durch die Weihrauchwolken violette Kringel schlug, nährte seine ungestüme Lebenslust, und dann plötzlich war er im Gewühl ertrunken, kniete vor der Kommunionbank.

Stärkung der Klassenfront in den Nazi-Ländern

Hk. Es ist bemerkenswert, wie wenig die NS einen weiteren Fortschritt der Arbeiterparteien gerade dort verhindern konnten, wo die Wähler Gelegenheit hatten, die Nazis mehr aus Erfahrungen als aus Wahlversprechungen kennen zu lernen. Das sieht man vor allem in den Ländern, die von NS oder wenigstens unter Beteiligung der NS regiert werden. Wir bringen hier einige Zahlen. Für das wichtigste Nazi-Land, Braunschweig, fehlen uns neuere Vergleichszahlen, da dort die jüngsten Landtagswahlen bereits längere Zeit zurückliegen.

Für die Nazis am günstigsten fällt der Vergleich in den beiden Ländern aus, bei denen die zum Vergleich herangezogenen Landtagswahlen bereits im März bzw. April liegen.

Da ist zunächst Mecklenburg-Strelitz, dessen Landtagswahlen am 13. März stattfanden. Der Vergleich mit den im Land Mecklenburg-Strelitz am 31. Juli abgegebenen Stimmen erfolgt folgendes Bild:

	13. 3.	31. 7.
KPD	5,5 Tausend	6,5 Tausend
SPD	16,2 „	18,8 „
KP und SP zusammen	21,5 Tausend	25,3 Tausend
NSDAP	14,2 „	26,7 „

Von einem Einbruch in die Arbeiterfront kann also keine Rede sein; ganz im Gegenteil! Die starke Zunahme der NS beruht darauf, daß der Auflösungsprozeß der nicht-katholischen bürgerlichen Parteien in Mecklenburg-Strelitz im März noch wenig vorgeschritten war: damals zogen neben 9 NS noch 13 Abgeordnete nicht-katholischer bürgerlicher Parteien in den Landtag.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Anhalt, wo die letzte Landtagswahl am 24. April stattfand. In diesen Landtag wurden neben 15 NS noch 5 andere Bürger (von einem Zentrumsmann abgesehen) gewählt. Die Stimmenzahlen sind: sind:

	24. 4.	31. 7.
KPD	20,4 Tausend	24,1 Tausend
SPD	75,1 „	79,6 „
SP und KP zusammen	95,9 Tausend	103,7 Tausend
NSDAP	89,6 „	102,4 „

Weit ungünstiger sieht der Vergleich für die Nazis aus, wenn man neuere Landtagswahlen zum Vergleich heranzieht, Wahlen, bei denen die Zersetzung der Bürgerparteien durch die NS bereits weit gediehen war. Da sind zunächst

die oldenburgischen Landtagswahlen

vom 29. Mai, aus denen die NS mit 24 Mandaten hervorgingen, während die nicht-katholischen Bürgerparteien zusammen nur **4 Mandate erhielten. Hier stehen uns für den Vergleich die auf das Land Oldenburg am 31. Juli entfallenen Stimmenzahlen** nicht zur Verfügung, sondern nur die entsprechenden Mandatszahlen, die der oldenburgische Landtag aufweisen würde, wenn er am 31. Juli neu gewählt worden wäre. Der Vergleich sieht so aus:

	29. 5.	31. 7.
KPD	2 Mandate	3 Mandate
SPD	9 „	10 „
SP und KP zusammen	11 Mandate	13 Mandate
NSDAP	24 „	24 „

Der Vormarsch der Nazis ist also zum Stillstand gekommen, während die Arbeiterparteien weiter vordringen.

Aehnlich in Mecklenburg-Schwerin, das sich am 5. Juni einen Landtag mit NS-Mehrheit gewählt hat:

	5. 6.	31. 7.	Differenz
KPD	27,0 Tausend	36,6 Tausend	+ 9,6 Tausend
SPD	108,4 „	117,0 „	+ 8,6 „
SP und KP zusammen	135,4 Tausend	153,6 Tausend	+ 18,2 Tausend
NSDAP	177,0 „	180,9 „	+ 3,9 „

Einer Gesamtzunahme der Arbeiterparteien um 13,4 Prozent ihres alten Bestandes steht im gleichen Zeitraum also eine Zunahme der NS um nur 2,2 Prozent ihres alten Bestandes gegenüber. Besonders auffällig ist in diesem nationalsozialistisch regierten Lande der Erfolg der KPD, der den der SPD in den Schatten stellt. Auch hier war die Liquidierung der bürgerlichen Parteien bereits weitgehend vollzogen: im Mai sind in Mecklenburg-Schwerin neben 30 Nazis 7 andere Bürger (kein Zentrumsmann) in den Landtag eingezogen.

Zur Aufklärung der Ursache für den Stillstand der NS-Welle hat vor einigen Tagen in Mecklenburg der Chef selber, der Ministerpräsident Granzow, im Landtag einen Beitrag geliefert. Die SP hatte beantragt, das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die NS von der früheren Regierung gefordert hatten, jetzt zu verwirklichen. Darauf gab Granzow die Antwort: „Wir können doch auch nicht zaubern."

Wir bringen hier noch die Zahlen aus Hessen, das am 19. Juni Landtagswahl hatte, bisher allerdings noch nicht nationalsozialistisch regiert wird. In dem hessischen Landtag sitzen neben 32 NS nur 3 Abgeordnete nicht-katholischer Bürgerparteien; hier ist also der von den NS geleistete Zersetzungsprozeß nahezu vollendet.

	19. 6.	31. 7.
KPD	82,1 Tausend	86,2 Tausend
SPD	172,5 „	221,7 „
SP und KP zusammen	254,6 Tausend	307,9 Tausend
NSDAP	328,3 „	364,7 „

Während die Zunahme der für SP und KP zusammen abgegebenen Stimmen 53,3 Tausend (das sind 20,9 Prozent ihres **alten Bestandes) beträgt, haben die NS in der gleichen Zeit nur 36,4 Tausend Stimmen gewonnen (11,1 Prozent ihres alten Bestandes).**

Interessant ist noch das Heimatland des Nationalsozialismus, insbesondere seine Heimatstadt: Bayern und München. Die Zahlen für Bayern sind:

	24. 4.	31. 7.	Differenz
KPD	259 Tausend	339 Tausend	+ 80 Tausend
SPD	644 „	698 „	+ 54 „
KP u. SP zusammen	903 Tausend	1037 Tausend	+ 134 Tausend
NSDAP . . .	1271 „	1342 „	+ 71 „

Die entsprechenden Zahlen für München lauten:

	24. 4.	31. 7	Differenz
KPD	50,9 Tausend	60,8 Tausend	+ 9,9 Tausend
SPD	81,5 „	87,2 „	+ 5,7 „
KP u. SP zusammen	132,4 Tausend	148,0 Tausend	+ 15,6 Tausend
NSDAP . . .	112,2 „	112,5 „	+ 0,3 „

Während also in Bayern die Arbeiterparteien ihren Bestand um 14,8 Prozent vergrößerten, wuchsen die NS um 5,6 Prozent an. In München ist der entsprechende Zuwachs der Arbeiterparteien 11,8 Prozent, der der Nazis nur 0,3 Prozent. Dieses für die NS klägliche Ergebnis fällt deswegen besonders auf, weil die bayerische Landtagswahl vom April noch weit davon entfernt war, den Prozeß der Liquidierung der nicht-katholischen bürgerlichen Parteien abschließen. Auch in Bayern und ganz besonders in München fällt der gegenüber der SPD viel stärkere Erfolg der KPD auf.

Zu dem bayerischen Ergebnis ist noch die hohe Zahl von Stimmen auswärtiger Reisegäste zu beachten. Rund 90 000 Gäste sind zur Zeit allein in Südbayern. Dazu kamen große Mengen Reichsdeutscher, die sich in Oesterreich aufhielten, zum Wahlsonntag aber von den österreichischen Bahnen gratis in bayerische Grenzorte transportiert wurden; (unter ihnen ist Wilhelm „Kronprinz"). In Miesbach stimmten 40 Prozent der dortigen Wähler auf Stimmschein. Welchen Parteien diese importierten Stimmen vor allem zufielen, zeigt z. B. das Ergebnis auf dem Grenzbahnhof Mittenwald, wo 63 Prozent der dort abgegebenen Stimmen auf NS, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei entfielen (gegenüber einem Durchschnitt von 37 Prozent für Bayern). In den bayerischen Orten ohne Fremdenverkehr erhielten die NS Verluste.

So glänzend die Chancen für die KPD sind, so wenig ist ein entscheidender Fortschritt für sie zu erwarten, wenn sie, wie sie sich anschickt, der Aufgabe der Einheitsfront gegenüber in einen verstärkten Starrsinn verfällt.

Gegen die Hetze der NS-Presse.

Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

Der „Völkische Beobachter" hat in den letzten Tagen über die Terrorakte im ganzen Reich in einer Weise berichtet, die offenes Sympathisieren mit den Attentätern bedeutet. Die Attentate auf republikanische Beamte, republikanische Zeitungs- und Volkshäuser, auch Reichsbannerführer und führende Männer aller republikanischen Parteien werden als Akte des Volkszornes und der Volksjustiz und Verzweiflungstaten bezeichnet und damit gebilligt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat bei der bayerischen Staatsregierung gegen die Duldung dieser intellektuellen Unterstützung des Mordterrors durch den „Völkischen Beobachter" telegraphisch Protest erhoben und im Interesse der Befriedung des deutschen Volkes und der Durchführung des Burgfriedens das sofortige Verbot des „Völkischen Beobachters" gefordert.

•

Am Freitag hat der „Völkische Beobachter" z. B. folgendes ausgeführt:

Die verzweifelten Ausbrüche des Volkszornes sollten den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt klar zum Bewußtsein bringen, daß man mit paritätischer Behandlung in Ausnahmezeiten nicht mehr durchkomme. Es müsse einmal festgestellt werden, daß es ein Unterschied sei, ob sich Waffen in nationalsozialistischen Händen befänden oder in den Händen marxistischer Verbrecher. Es komme auf die Gesinnung und nicht auf den Tatbestand an. Eine Verhängung von Todesstrafen hätte nur Sinn, wenn sie sich gegen den Träger des Mordwillens richte und nicht gegen den, der der Mordseuche mit der Waffe entgegentrete.

•

Da dieses Hetzblatt in Bayern erscheint, besteht glücklicherweise eine gewisse Aussicht, daß dem Verlangen des „Reichsbanners" entsprochen wird.

Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt" ist von der Hamburger Polizei für fünf Tage verboten worden.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

48) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Das Stationsgebäude starrt in Waffen. Eine Kompanie Seebataillon steht auf der Straße angetreten. Ein Offizier springt an das kurz stoppende Auto heran:

„Was fällt Ihnen ein, in solcher Aufmachung vor dem Stationsgebäude zu erscheinen?"

Die drei Soldatenräte steigen aus:

„Regen Sie sich bloß nicht auf, das hat gar keinen Zweck. Melden Sie uns bitte dem Gouverneur, wir werden schon erwartet!" erklärt Artelt.

Die Matrosen werden in das Sitzungszimmer geführt.

Ein Leutnant öffnet die Tür: der Gouverneur, Admiral Souchon, tritt ein, hinter ihm der Chef des Stabes, Admiral Küsel, einige Generalstabsoffiziere und ein Herr in Zivil, der Chef des Gerichtswesens der Station.

Der Gouverneur reicht Artelt die Hand:

„Ich danke Ihnen, daß Sie die Courage gehabt haben und hierher gekommen sind!"

Artelt fragt den Gouverneur:

„Erkennen Sie uns als Soldatenrat an?"

„Ja!" antwortet der Admiral.

Dann sitzen sie sich gegenüber. Am Kopf des Tisches der Gouverneur, rechts von ihm die Offiziere, links die drei Abgesandten der meuternden Matrosen.

Admiral Souchon war bei Kriegsausbruch Chef der in Messina eingeschlossenen „Breslau" und „Göben". Die kühne Fahrt der beiden deutschen Schiffe an den englischen Kräften vorbei in den Bosporus brachte ihm schnellen Ruhm. Später kommandierte er die türkische Flotte. Dann wurde er zum Chef des IV. Geschwaders ernannt. Und erst vor wenigen Tagen hat er, völlig unvertraut mit den neuen Verhältnissen und den in Gang befindlichen Umschichtungen, den Posten des Gouverneurs von Kiel angetreten. Die Meuterei der in Kiel einlaufenden Schiffe des III. Geschwaders und das Ueberspringen der Bewegung an Land war ihm vollständig überraschend gekommen.

Er hat mit der Regierung in Berlin telephoniert.

Das Kabinett des Prinzen Max hat ihm keine weitere Hilfe in Aussicht stellen können als zwei Abgeordnete, die unverzüglich abreisen würden. So war er bis auf weiteres auf eigene Entscheidungen gestellt. Den zuerst gefaßten Entschluß, die Bewegung gewaltsam niederzuschlagen, gab er auf Grund der von den unterstellten Kommandostellen einlaufenden Meldungen über immer größere meuternde Truppenkontingente auf. Um Zeit zu gewinnen und durch Kompromisse die Weiterentwicklung der Aufruhrbewegung zu verzögern, bis Unterstützungen und Entscheidungen von außen eingetroffen sein würden, entschloß er sich, mit den Matrosen zu verhandeln.

Höflich wendet der Gouverneur sich den Matrosen zu. Die schwebenden Fragen könne er allein nicht entscheiden, aber der Staatssekretär Haußmann und der Abgeordnete Noske seien von Berlin unterwegs und würden abends in Kiel eintreffen. Dann wolle man gemeinsam verhandeln...

Inzwischen ist auch eine Abordnung des III. Geschwaders angelangt. Die von den Schiffen abgesandten Heizer sind mit Artelt der Meinung, daß man auf Erfüllung der Forderungen nicht länger warten könne. Besonders drei Punkte wollen sie sofort zugestanden haben:

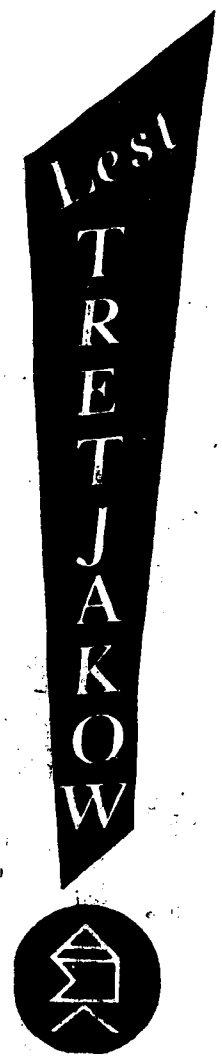
Unterlassung des geplanten Flottenvorstoßes!

Bestrafung der Schuldigen an den Schießereien vom Vorabend!

Freilassung der Gefangenen des III. Geschwaders!

Während der Gouverneur mit den Matrosen verhandelt und die Stabsoffiziere schweigend dasitzen und die so plötzlich aufgetauchten Soldatenräte anstarren, entwickelt sich draußen die Bewegung weiter.

Die Matrosen der Torpedodivision schicken Abordnungen in andere Kasernen. Die Besatzungen der Forts und der Vorstadt Wik bewaffnen sich.



Souchons Ordannanzoffizier bringt eine Meldung nach der andern:

„In der II. W. D. bemächtigen sich Matrosen der Waffen!"

„Ein Trupp mit vier Maschinengewehren rückt an!"

„Torpedobooten, die den Hafen verlassen wollten, wurden Schüsse nachgeschickt!"

Wieder betritt der Ordonnanzoffizier das Sitzungszimmer und überreicht dem Gouverneur eine telephonische Meldung. Der Admiral gibt dem Offizier die Meldung zurück:

„Lesen Sie das bitte vor, Herr Oberleutnant!"

„Zweitausend Matrosen stürmen das Arrestgebäude! Die Wache weigert sich größtenteils zu schießen. Aber eine aus Neumünster eingetroffene Kompanie Infanterie ist bereit, das Gebäude zu verteidigen!"

Der Gouverneur wendet sich an die Heizer und Matrosen: „Was machen wir da, meine Herren?"

Der Soldatenrat Artelt antwortet:

„Wenn Sie Blutvergießen vermeiden wollen, dann geben Sie Befehl, daß die Infanterie sofort zurückgezogen wird!"

Ein Heizer des III. Geschwaders fügt hinzu:

„Außerdem muß ich darauf aufmerksam machen, daß keine Infanterie oder sonstige fremde Truppen nach Kiel geholt werden dürfen. Andernfalls werden die Schiffe des III. Geschwaders den Bahnhof beschießen!"

„Ja, meine Herren, können Sie das denn verantworten?"

„Wenn Sie verantworten können, daß Infanterie auf die Marine schießen soll, so können wir es auch verantworten, daß wir uns unserer Haut wehren!"

„Ich kann Ihnen mitteilen, daß Infanterie bereits auf dem Marsch nach Kiel ist. Aber ich werde die Infanterie fortschicken. Ich werde auch dafür sorgen, daß keine neuen Truppen nach Kiel gebracht werden!"

(Fortsetzung folgt.)

Der Abbau der Republikaner.

Auch der Vizepräsident im Oberpräsidium in Königsberg, Dr. Steinhoff (SPD), ist von seinen Dienstgeschäften beurlaubt worden gleichzeitig mit der Entlassung seines Chefs, Dr. Siehr (Staatspartei). Wie wir hören, ist Dr. Siehr deshalb zurückgetreten, weil er bei politischen Angelegenheiten ziemlich planmäßig übergangen wurde, zuletzt bei der Aufklärung der Vorfälle in Königsberg, wozu Herr Bracht einen besonderen Kommissar nach Königsberg geschickt hat. Herrn Dr. Siehr zu entlassen, wagte man wohl nicht, da er sehr geachtet war. Man verleidete ihm also lieber auf bekannte Art das Arbeiten, in der sicheren Erwartung, daß ein Mann wie er sich nicht als Waschlappen würde gebrauchen lassen. Dr. Siehr ist übrigens der Nachfolger des berüchtigten August Winnig, der jahrelang sozialdemokratischer Arbeiterführer war, schließlich dort desertierte, dann als Beamter im Kapp-Putsch auf die Seite der Konterrevolution trat — wodurch er sich die Befähigung erwarb, in der „Berliner Börsenzeitung" Leitartikel zu schreiben.

Weitere Knebelung der kommunistischen Presse.

Wie die Magdeburger kommunistische „Tribüne" mitteilt, erschien ein starkes Polizeiaufgebot in den Räumen der kommunistischen Druckerei im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, um dort die seit Jahren erscheinende Zeitung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion: „Das Rote Berlin" zu beschlagnahmen, weil es sich um ein Ersatzblatt für die verbotene „Rote Fahne" handele. Für den Wiederholungsfall dieser „Umgehung des ‚Roten Fahne'-Verbots" wurde die sofortige Schließung der Druckerei angedroht.

Wenn Herr Bracht oder einer der anderen beim Verbieten kommunistischer Zeitungen so Dienstbeflissenen doch auch in der Behandlung der übergeschnappten Nazipresse einmal so energisch vorginge wie hier. Dann dürfte nicht eine einzige NS-Zeitung mehr erscheinen.

Berliner Schulbrände aufgeklärt.

Der geheimnisvolle Brandstifter, der in der zweiten Hälfte des Monats Juni in Berlin zahlreiche Schulbrände verursachte, ist nunmehr gefaßt worden. Es handelt sich um einen 21 Jahre alten erwerbslosen Chauffeur, der angab, daß er infolge zerrütteter Familienverhältnisse nervenleidend geworden sei und in diesem Zustand Entspannung gesucht habe. Seine Absicht sei nicht gewesen, große Baulichkeiten in Brand zu setzen; es habe ihn schon befriedigt, wenn er kleinere Brände entfacht habe. Die Zahl der von ihm angelegten Brände beträgt 26.

Ein Schmelzofen explodierte in der Eisengießerei der Voß-Werke in Sarstedt (Hannover). Zwei Arbeiter wurden dabei schwer verletzt.

Jungdo und „Arbeitsdienst".

Der „Jungdeutsche Orden" steht an der Spitze der Verbände, die sich bisher im „Freiwilligen Arbeitsdienst" betätigten. Der Reichsarbeitsminister hat diesen Bund bei einer Rundfunkrede lobend erwähnt, und in dem neuen Buche über den Arbeitsdienst von Peter Martin Lampel: „Packt an, Kameraden!" nehmen die Berichte über Arbeitskolonnen des Jungdo den breitesten Raum ein. Wir haben daher eine Ausstellung „Vom Arbeitsdienst zur Gemeinschaftssiedlung" besucht, die der Jungdo in Berlin veranstaltet, um uns über die Arbeit dieser Organisation, soweit sie den Arbeitsdienst betrifft, zu orientieren.

Die Mitglieder des „Jungdeutschen Ordens" sehen in der *Siedlung* eines der Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise in Deutschland. Zur Vorbereitung der Siedlungsanwärter auf ihre späteren Aufgaben soll der Arbeitsdienst dienen, den der Jungdo schon seit 1923/24 propagiert. Als Krisen*ursache* wird übrigens auch allerdings erst an *letzter* Stelle und *hinter* Weltkrieg, Reparationen, Versailler Vertrag und Rationalisierung — das unvernünftige Streben genannt, durch Herabdrückung der Löhne die Selbstkosten zu senken (wodurch die Massenkaufkraft und damit die Absatzmöglichkeit für Konsumgüter ebenfalls herabgedrückt werden).

Rund 170 Arbeitskolonnen mit je 20 bis 200 Teilnehmern (genaue Zahlen werden nicht angegeben) wurden vom „Jungdeutschen Orden" bisher an den verschiedensten Orten Deutschlands eingesetzt. Es handelt sich in der Hauptsache um junge Männer bis zu 25 Jahren. Vertreten sind fast alle Berufsgruppen; Arbeiter und Handlungsgehilfen stehen an erster Stelle. Die wenigsten davon stammen aus der Jugendbewegung (was uns psychologisch bedeutsam erscheint, da sie infolgedessen durch das Erlebnis des Gemeinschaftslebens — gleich welcher Art — besonders beeindruckt und beeinflußt werden) oder gehören dem Jungdo als Mitglieder an. Es wird geradezu von einer Einheitsfront

„von Hörsing bis Hitler"

gesprochen! Und die ausgestellten Bilder scheinen dies in der Tat zu beweisen. Das „Reichsbanner" ist in den meisten Gruppen vertreten. Damit ist für *klassenbewußte Arbeiter* das Urteil über diese Arbeitsdienstkolonnen, die zum Teil auch als „Freikorps (!) der Arbeit" bezeichnet werden, gesprochen. Auf allen Bildern fällt die *ganz militärische Aufmachung* auf (Uniform, Marschieren in „militärischer Ordnung" u. s. w.). Uns wurde bei Besichtigung der Ausstellung erklärt, das sei zur „Stärkung des Gemeinschaftsgefühls" notwendig und werde von allen gern mitgemacht. Das zeugt von einer sehr oberflächlichen und äußerlichen Auffassung von „Gemeinschaft". Auf jeden Fall zeigen die jahrzehntelangen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und besonders auch der Arbeiterjugend, daß diese militaristischen Formen mindestens überflüssig, wenn nicht gar schädlich für die Gemeinschaft sind. — Der Jungdo lehnt es übrigens ab, daß die Führer irgend welche Vorzugsstellung einnehmen und daß Aufseher- oder Unteroffizierstypen diese Posten einnehmen.

Die Arbeitskolonnen sollen grundsätzlich nur für solche Aufgaben eingesetzt werden, die „neue volkswirtschaftliche Werte schaffen, also für Bodenverbesserungen und Bodenneugewinnung (Melioration und Moorkultur), Flußregulierungen (bisher die Hauptarbeit) und Siedlungsarbeiten, für die kein Geld zur Durchführung auf regulärem Wege da ist.

Verheerend geradezu ist die

Propagierung des „Wehrgedankens",

zu dessen Stärkung auch der Arbeitsdienst dienen soll! Herr Schleicher wird das sehr lobenswert finden. Das wird auch nicht besser dadurch, daß man uns gegenüber mit dem „Wehrgedanken" auch das Koalitions-, Lohnkampf- und Streikrecht der Arbeiter begründete — alerdings beileibe nicht vor der Oeffentlichkeit in dem Ausstellungsmaterial.

Alles dies macht natürlich international denkenden Arbeitern jede Mitarbeit unmöglich. Wenn angeblich ein hoher Prozentsatz Kommunisten in manchen Kolonnen ist (bis zu 10 Prozent), so kann man nur sagen: umso schlimmer für diese „Kommunisten", oder aber es handelt sich um Zellenarbeit, die schon eher zu verstehen wäre; doch sind dazu sehr gefestigte Charaktere nötig.

Man sucht sozialistischen Kreisen die Teilnahme an dem „Arbeitsdienst" dadurch schmackhaft zu machen, daß man sagt: Je mehr Einfluß ihr gewinnt, desto geringer wird die Gefahr des Mißbrauchs des Arbeitsdienstes für privatkapitalistische und sonstige ausbeuterische Zwecke — eine Gefahr, die unter der jetzigen Regierung zugegebenermaßen besonders groß ist. — Das ist ein Trugschluß! Denn mit der Staatsgewalt werden diese Jugendlichen nicht fertig werden. Die herrschende Klasse wird also, mehr oder weniger geschickt getarnt, den Ton angeben.

Ueber die Frage der „Freiwilligkeit" besteht durchaus Unklarheit beim Jungdo; „wenigstens zunächst" wollen sie den staatlichen Zwang vermeiden, aber — wie lange?

Eine *geschickte Tarnung* — ob gewollt oder nicht, ist eine andere Frage — von Bestrebungen, die nur dem Kapitalismus und dem Nationalismus zu gute kommen sollen, scheint uns der ganze „Arbeitsdienst" und insbesondere auch die Arbeit des „Jungdeutschen Ordens" auf diesem Gebiete zu sein. Die Sozialisten werden daher ein wachsames Auge für diese Versuche haben müssen, vor allem, so weit sie sich selber daran beteiligen.

R. Höll.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

..... Name Ort

..... Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Kommunisten wegen Waffenbesitzes verhaftet.

Die Polizeipressestelle Beuthen teilt mit:

Am Freitag wurden in Miechowitz bei Beuten Wohnungen von Kommunisten nach Waffen durchsucht. Gefunden wurden bei dem Kommunisten Sokolik ein Infanteriegewehr, eine Pistole und 40 Schuß Gewehrmunition. Bei dem Kommunisten Kolanus wurden gefunden eine Dynamitpatrone, sieben Sprengkapseln, zwei Meter Zündschnur, fünf S-Patronen, zwei zu Sprengkörpern hergerichtete Eisenrohre, eine zu einem Sprengkörper hergerichtete ausgehöhlte Eisenfuge, ein Seitengewehr, zwei Büchsen mit Zündhütchen, Schrotkugeln und Eisenstücke.

Sechs Personen wurden verhaftet.

Der Königsberger Generalstaatsanwalt und der Thüringische Innenminister haben Aufrufe für Ruhe und Ordnung erlassen.

Durch Kohlenoxydgas getötet wurden drei junge Erntearbeiterinnen in der Nähe von Glatz. Durch unvorsichtiges Hantieren am geheizten Ofen war vermutlich dessen Klappe zugefallen, so daß sich Kohlenoxydgase entwickelten.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken".

M. F. in G. 5 M; M. L. in E. 10 M; W. S. in D. 13 M; Unbekannt in K. 100 M; R. L. in B. 36,75 M; L. K. in M. 5 M; Unbekannt in M. 2,11 M; O. S. in B. 20 M; E. B. in B. 10 M; S. in B. 2,50 M; J. P. in B. 30 M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten um weitere Werbung für den Pressefonds.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 8. HEFT AUGUST 1932

Inhalt:

JULIUS PHILIPPSON:

Jugend und Krieg.

*

HANS LEHNERT:

Kleinstaaterei und Nationalismus.

*

HANNA FORTMÜLLER:

Vorwärts zur Einheitsfront!

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinen Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke-Str. 104

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge
Mäntel
Damen-Kostüme

ALFRED ARENSBERG
Berlin-Reinickendorf-Ost
hinter der Dorf-Aue 14

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
Ab 5. August:
Nippon
Der erste japanische Tonfilm
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus?

Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:

Die Henker.
Von Henri Barbusse.
143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. / Broschiert 2,50 Mark.

„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justizterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht."
„Berliner Börsen-Courier", Nr. 234, vom 20. 5. 1927.

„Die ‚Henker' gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen."
„Die Welt am Abend", Nr. 115, 1927.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Klara Zetkin als Präsident.

Wir berichteten gestern, daß Klara Zetkin wahrscheinlich als Alterspräsidentin den neugewählten Reichtag werde eröffnen müssen. Dazu öffnet die sattsam bekannte „Börsenzeitung“ ihr Herz und füllt ihre Spalten:

„Wenn der neue Reichstag Ende dieses Monats zusammentritt, so werden sich seine ersten Verhandlungen bis zur Wahl eines ordentlichen Präsidiums wie üblich unter dem Vorsitz eines Alterspräsidenten abspielen. Nun hat sich inzwischen herausgestellt, daß das älteste Mitglied des neuen Reichstages die bekannte Kommunistin Klara Zetkin ist. Frau Zetkin würde also die Ehre haben, den ersten Sitzungen des neuen Parlaments zu präsidieren, und nach verschiedenen Zeitungsmeldungen soll sie auch durchaus bereit sein, dieses Amt zu übernehmen, obwohl sie schon rein physisch nicht im entferntesten in der Lage sein dürfte, den Anforderungen einer solchen Aufgabe zu entsprechen. Es ist in politischen und parlamentarischen Kreisen allgemein bekannt, daß Frau Zetkin schwer krank und so gebrechlich ist, daß sie sich ohne fremde Hilfe überhaupt nicht fortbewegen kann. Schon vor Jahren mußte sie bei den wenigen Sitzungen, an denen sie überhaupt teilnahm, stets von zwei Parteigenossen gestützt bzw. wenn sie sprechen sollte, auf die Rednertribüne geschleppt werden, wo es ihr natürlich vollkommen unmöglich war, sich verständlich zu machen. Schon aus diesem einen Grunde allein, d. h. wegen der allgemein bekannten körperlichen Schwäche der Frau Zetkin erscheint es unseres Erachtens notwendig, diesmal von dem üblichen Brauch abzugehen und nicht Frau Zetkin, sondern das nächstälteste Mitglied des Hauses mit dem Altersvorsitz zu betreuen. Hinzu kommt ferner, daß das — gelinde ausgedrückt — ziemlich ungepflegte Aussehen der alten Dame (was ihr persönlich natürlich nicht verdacht werden soll) sie für jeden, der nur etwas Sinn für das parlamentarische Dekorum besitzt, als eine geradezu undenkbare „Präsidentin“ dieses oder eines anderen deutschen parlamentarischen Gremiums erscheinen lassen muß. Schließlich und endlich sind wir der Ansicht, daß, ganz abgesehen von der körperlichen Gebrechlichkeit und dem unparlamentarischen Exterieur der Frau Zetkin, kein Mitglied einer Partei, die sich außerhalb aller Gesetze gestellt hat, auf dem Stuhl des Reichstagspräsidenten irgend etwas zu suchen hat.“

Wir wünschen dem Schreiber der zitierten Stelle so viel Anstand, so viel Mut und so viel Können, wie die ergraute Genossin Zetkin besitzt und immer besessen hat. Der Reichstag könnte noch einmal einen guten Tag haben, wenn er einen solchen Präsidenten hätte und wenn die Anwesenden sich so benähmen, daß sie einmal zuhören könnten, was dieser Kämpfer zu sagen hat. Aber das haben die deutschen Männer nicht nötig — die Heines und Schulz und die anderen Zierden der „Nation“.

Sie machen keine Politik mit dem Kopf, sondern mit dem Stuhlbein; sie regen sich auf über ein „unparlamentarisches Exterieur“, statt dafür zu sorgen, daß sie selber ein menschliches Interieur bekämen.

Die Genossin Klara Zetkin hat ihre und unsere besten Genossen durch Mörderhand verloren. Sie weiß, daß auch ihr das gleiche Schicksal droht. Vielleicht sieht sie deshalb — mit Recht — davon ab, in diesem Reichstag zu erscheinen. Gewiß ist nicht das Leben der Güter höchstes — aber es aufs Spiel setzen, um einer Versammlung zu präsidieren, die 230 Nazis enthält, glauben wir ihr nicht raten zu können, so sehr wir uns gefreut hätten, den Nazis einen leibhaftigen Kommunisten, frisch aus Moskau, vor die Nase gesetzt zu sehen.

Die internationale Anarchie des Kapitalismus.

S. H. Die Themen, die heute zwischen den kapitalistischen Staaten zur Diskussion stehen, sind nach wie vor *die Fragen der politischen Schulden, der Abrüstung und des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens.*

Die Schwierigkeiten, die der *Lösung* dieser Probleme entgegenstehen, sind gleichfalls die alten:

1. Soll man diese Fragen auf großen internationalen Konferenzen behandeln oder von Regierung zu Regierung?

2. Soll man jedes Thema gesondert anfassen, oder, unter Beachtung des zwischen ihnen bestehenden Zusammenhangs, sie gleich gemeinsam anpacken?

Ein fester Plan, der von den Mächten oder auch nur von einem ihrer Vertreter hier gehandhabt würde, liegt nicht vor. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß der furchtbare Druck der Wirtschaftskrise einerseits und andererseits die Gefahr, der eine oder der andere Staat könnte der Krise durch einen Krieg beikommen wollen, die Regierungen veranlaßt, mit einander Fühlung zu suchen, nur um zu sondieren, ob die Katastrophe schon so nah ist, daß unbedingt etwas geschehen muß. Da die kapitalistischen Staaten nicht bereit sind, die Operationen vorzunehmen, die zur *Behebung* der Krise notwendig sind (z. B. Brechung der Monopole, Herabminderung der Zölle, Herabsetzung der Rüstungen), kommen sie nur zum Verkleistern zusammen.

Diese Verkleisterungsmethoden auf *öffentlichen Konferenzen* vorzunehmen, hat sich nicht bewährt. Denn für die mageren Ergebnisse, die bei solchen Absichten der Regierungen ja nur herauskommen können, einen so großen Apparat aufzubieten, dessen knarrender Gang den Ohren der Oeffentlichkeit preisgegeben ist, fordert eine unerwünschte Kritik heraus. Die Wirtschaftskonferenz, die zur Zeit in Ottawa tagt, zeigt bereits die gleichen Symptome wie die verflossenen Schweizer Konferenzen, und die Erwartungen, die man den zum Herbst angekündigten Weltwirtschaftskonferenzen entgegenbringt, sind dementsprechend vorläufig nichts weniger als optimistisch.

So ist man denn heute wieder bei den Verhandlungen *von Regierung zu Regierung* gelandet, nicht weil man die Vorzugswürdigkeit dieser Methode eingesehen hätte, sondern nur, weil die gerade zurückliegende Erfahrung die andere Methode diskreditiert hat. In Wahrheit wird bei dem neuen Vorgehen auch nichts herauskommen. Es kommt nämlich nicht darauf an, ob man einen Konflikt öffentlich oder mehr privat behandelt, sondern in erster Linie darauf, ob man den Gegensätzen an die Wurzel gehen will oder nicht.

Daß man dies nicht will, zeigt sich an der Behandlung der zweiten vorhin erwähnten Schwierigkeit, ob man die Frage der Rüstung, der Schulden und der Wirtschaftskrise mit einander in Verbindung bringen soll oder nicht. Natürlich weiß jede Regierung, daß keines dieser drei Probleme unabhängig von den anderen gelöst werden kann. Und sollte es selbst einer ihrer Vertreter noch nicht wissen, so sagen es ihm unabhängige Berater, wie z. B. Layton, der Vorsitzende der Basler Sachverständigenkonferenz, jeden Tag. Noch vor wenigen Tagen hat er den Satz veröffentlicht: „Die Welt wird nur dann zu einer Erlösung von ihren Schwierigkeiten kommen, wenn sie es gelernt haben wird, *diesen ganzen Problemkomplex (Kriegsschulden, Weltgüteraustausch, Abrüstung) als eine Einheit zu betrachten.*“

Aber das wollen die Regierungen nicht; vielmehr bietet jede in den jetzigen Verhandlungen nur das Thema an, das ihr von ihrem nationalen Standpunkt aus gerade die meisten Schwierigkeiten macht.

So geht jetzt durch die Zeitungen die Meldung, daß *Deutschland* im September in Paris wegen der Rüstungsfrage vorsprechen wird. So wird von *Frankreich und Amerika* gemeldet, daß den Vereinigten Staaten an einem Handelsabkommen mit Frankreich liegt; Frankreich aber benutzt diese Gelegenheit, um die Kriegsschuldenfrage wieder ins Rollen zu bringen, ohne das von Borah angeschlagene Thema auch nur zu berühren, daß die Regelung der Schuldenfrage die Abrüstungsbereitschaft der europäischen Staaten zur Voraussetzung habe. *England* endlich hat durch MacDonald sagen lassen, daß es aus den Verhandlungen mit Amerika zur Zeit überhaupt ausscheiden wolle, sofern diese die Kriegsschulden- und die Abrüstungsfrage beträfen. Das liegt daran, daß England im Augenblick mit Kanada im Kampf liegt. Wenn England auf der Ottawaer Konferenz überhaupt noch etwas herausholen will, so scheint es genötigt zu werden, sich mit Kanada auf sehr enge Handelsbeziehungen einzulassen, was drei andere Gruppen empfindlich treffen wird: Rußland, die englische arbeitende Bevölkerung (wegen der von Kanada geforderten Zölle auf Lebensmittel) *und USA.*

All diese Verhandlungen ergeben also das Bild von stümperhaften, engherzigen Versuchen, nur die nächstliegenden eigenen Interessen zu befriedigen. Dabei verschärft sich die Weltwirtschaftskrise; es geht zum Herbst; die Gefahren der Arbeitslosigkeit steigen; der Radikalismus innerhalb der Staaten wächst. Einstweilen bereiten die kapitalistischen Staaten, die keinen für sie zweckmäßigen und ruhigen Ausgang aus den sie bedrohenden Schwierigkeiten wissen, mit Sicherheit alle nur das eine Mittel vor, ihre Abwehrkräfte dadurch zu versteifen, daß sie innerhalb ihrer Staaten das Bündnis zwischen Kapitalismus und Militarismus fester schließen; sie ergänzen ihren eigenen Dilettantismus durch steigende Reaktion. In diesem Bündnis zwischen Unternehmern und Generälen zeigt sich deutlich der Zusammenhang zwischen innerstaatlichem Faschismus und der internationalen Anarchie des kapitalistischen Systems.

Neue Attentate.

Am Sonnabend früh wurden in der Langestraße in Braunschweig (Arbeiterviertel) Hunderte von Fensterscheiben und viele Türfüllungen durch einen Sprengstoffanschlag zerstört. Drei Personen wurden festgenommen, die mit dem Anschlag in Verbindung gebracht werden.

Neue Bombenattentate erfolgten:

Gegen das Warenhaus Karstadt in Kiel.

Das Eingangsgitter wurde zerrissen und zwei große Spiegelscheiben zertrümmert.

Auf das Arbeitsamt in Mühlheim am Main; die Fensterscheiben in der Umgebung wurden zertrümmert.

In Ortelsburg in Ostpreußen. Dort wurde in die Privatwohnung des Gastwirts Littwack eine Bombe geworfen, die im Zimmer explodierte. — Zur selben Zeit wurde eine Bombe vor das Finanzamt geworfen, die nicht explodierte.

In Breslau gegen den Rechtsanwalt Eckstein, den Führer der Breslauer SAP. Von einem Kraftwagen aus wurde eine Handgranate in sein Schlafzimmer geworfen, die auch explodierte. Eckstein blieb glücklicher Weise unverletzt. Der angerichtete Sachschaden ist erheblich.

Auf das Haus eines führenden Anklamer Nazis wurden fünf bis sechs Schüsse abgegeben. Zwei Kinder eines im Hause wohnenden Sozialdemokraten wurden durch die Schüsse verletzt, auch die Großeltern dieser Kinder. Es wurde ein Mann festgenommen, der der KP angehören soll.

In Ostpreußen erfolgten weitere Sprengstoffattentate: auf die Reichsbanknebenstelle in Lötzen; auf ein Kaufhaus in Johannisburg; auf verschiedene Schaufenster in Lyck.

Nicht ohne ein Lächeln des Verstehens läßt sich der Bericht über einen „Sprengstoffanschlag auf eine NSDAP-Mitgliederversammlung“ in Jucha (Kreis Lyck) lesen. Die Versammlung, an der 19 Personen teilnahmen, fand im Saal einer Gastwirtschaft statt. Der Hugenberg-Pressebericht sagt weiter:

„Um 22.15 Uhr erfolgte eine Detonation, bei der die Fensterscheiben des Saales in Trümmer gingen. Personen wurden nicht verletzt. Nach dem vorläufigen Befund scheinte der Anschlag so ausgeführt zu sein, daß der Sprengkörper an einem zehn Meter von dem Gebäude entfernten (!) Zaun niedergelegt worden ist, da der Zaun zertrümmert und ein Betonpfeiler zerrissen worden sind.“

Wir halten keinen Kommunisten für so dumm, den „Anschlag“ in dieser Weise auszuführen, wenn er es wirklich auf die Nazis abgesehen hätte. Wer sich aber die Aufgabe gestellt hatte, durch Fensterscheibenscherben und Krach einen „Anschlag auf eine NS-Versammlung“ zu demonstrieren, ohne dabei einem der Anwesenden ein Haar zu krümmen, der mußte es so machen, wie der Bericht es schildert.

In Beuthen wurde ein Polizeibeamter von sechs Banditen überfallen, seiner Waffen beraubt und mit diesen so zugerichtet, daß die Täter ihn für tot liegen ließen (Schädelbruch, Stich- und Schnittwunden). Ueber die politische Richtung der (festgenommenen) Täter hat die Polizei bisher keine Auskunft gegeben.

Schon kam Hochwürden.

Kaczmarek streckte die Zunge aus.

„O Mensch, gedenke, daß du Staub bist und zu Staub wieder werden wirst . . .“, sprach Hochwürden und schaute ihn an.

Kaczmarek fühlte das Plätzchen, die Hostie, auf der Zunge, wie es sich krümmte, in die Zunge hineinfraß, nicht hinunter wollte in den Schlund. Er kämpfte unheimlich mit seiner Zunge, mit seinen Kiefern gegen die Oblate und vergaß seinen fälligen Tod.

Also das ist Gott, der in mich zog?

Er wartete.

Und das erstemal stand in ihm jemand auf, den er widerstrebend, aber mit achtunggebietender Verbeugung empfing:

Der Heuchler.“ —

Hüben und drüben — in Polen, in Deutschland — sind die Nationalisten am Werk. Hetzen die entrechteten und geknechteten deutschen und polnischen Arbeiter und Bauern gegeneinander. Verschleiern die wahre Klassenfront unter der Parole: Kampf der bodenständig Besitzlosen gegen die landfremden Besitzenden. Lenken die Besitzlosen von den bodenständig Besitzenden ab.

Der polnische Agitator:

„Glaben Sie mir das eine, Panie Wiemann. Die Deutschen sind ganz unverschämte Schweine. Bei denen spielt das Geld eine große Rolle.“

Die Antwort des einfachen oberschlesischen Kumpels, bevor er restlos verhetzt ist:

„Na — da wern ja nich ale so sein. Na da kan man schon saggen. Na da, paare wird's gebben, was da na da sind Schweine. Na da kann man nichs machen.“

Der deutsche Agitator spricht nicht anders von den Polen und erhält eine gleiche Antwort. —

Der Weltkrieg bricht aus.

„Es ist Krieg . . .“, sprachen die Männer.

„Krieg ist . . .?“ sprach Kaczmarek. „Warum ist Krieg?“

„Man hat uns tödlich beleidigt . . .“, sprachen die Männer.

„Wieso uns . . .?“ meinte Kaczmarek.

Ein gutes Geschäft für Eisen- und Kohlengrubenbesitzer, für Fürsten und Generäle.

„In den Hütten und Maschinensälen vermischen sich die letzten altersgrauen Männer, die allerletzten dünnen Männeroasen in diese Wüste junger Mädchen und Knaben. Diese jedoch verdienten horrende Löhne, aber nicht horrend genug, sich ein Stück Brot zu leisten, weil es keines gab. Nicht horrend genug, um das Verdienst Trockenbrots und seiner Ingenieure, seiner Aktionäre zu rechtfertigen, die nicht im Schützengraben lagen, sondern in der Schweiz . . .

Fürs Vaterland.“

Die Bürger zeichneten Kriegsanleihen. Der Herzog kassierte sie für Granaten und Geschütze. Und ließ Woche um Woche das zugelassene Quantum nach der Schweiz abwandern.

Fürs Vaterland.“

Der Krieg ist beendigt. Die Hetze auf beiden Seiten geht weiter. Die Abstimmung naht. Die Hetze nimmt zu.

„In den oberschlesischen Städten aber wehrte sich ein zumeist unschuldiges deutsches Volk. — Deutsche Menschen der Stadt und polnische Menschen des Dorfes schlugen sich an der Peripherie blindlings tot. — In den Gassen von Sackowitz. — Verbitterten sich das karge Dasein noch mehr. . . . Handelten aus dem Gegensatz, den sie nicht schufen, sondern andere . . . mächtigere . . . . Einen Gegensatz, aus dem sie Gelder preßten! (die andern).“

Was ging den Bauern das im Grunde an?

„Acker wollte er haben und sonst meinetwegen . . . ‚chinesisch‘ werden.“

Die Nacht nach dem Abstimmungstag. In den Städten Spannung. In den weiten Landschaften Oberschlesiens schliefen unbesorgt die Bauern.

„Ergebnis?

Was galt ihnen das. Was galt das für ihre schwere körperliche Arbeit. Was scherte sie das im Eigentlichen?

Was hieß für sie ‚Deutschland‘ oder ‚Polen‘? . . .

Jacke wie Hose, solange es keinen Acker regnete und Kühe donnerte.“

Gegen all das Unrecht kämpft Kaczmarek, Symbol des trotz Kirche und Schule unverdorbenen Gerechtigkeitsgefühls.

Seine Worte rufen heute mehr denn je zur Besinnung:

„Ob wir deutsch oder ob wir polnisch sind, Bauern oder Industriearbeiter, spielt ja keine Rolle.

Daß wir Proleten sind, sollten wir nicht vergessen.“

Erstaunen hat das Buch in mir hervorgerufen.

So weit sind wir heute, daß man erstaunt ist, auch mal eine Stimme der Wahrheit zu hören!

Jung gewohnt — alt getan.

Die guten Bürger Braunschweigs ergötzen und erfreuen sich an den wilden Tauben, die den Altstadtmarkt bevölkern. Mit vieler Liebe füttern sie die niedlichen Tierchen, die so zahm sind, daß sie aus der Hand fressen. Man photographiert die Kinder beim Taubenfüttern und hat die Illusion des Marktplatzes von Venedig.

Findet aber ein Wochenmarkt statt, so sieht man gleichzeitig ein wesentlich anderes Bild. In einer Ecke — den Blicken den Oeffentlichkeit durch eine kleine Wand mangelhaft entzogen — werden viele Hühner und Tauben geschlachtet. Der Händler nimmt aus einem engen Käfig die zitternden Tiere, die wild mit den Flügeln schlagen, und reißt ihnen mit einem Ruck den Kopf ab. Die meisten Käuferinnen sehen sich dieses ekelerregende Schauspiel nicht mit an.

Wie inkonsequent und mitleidslos sind doch diese Menschen, daß sie einen Unterschied machen zwischen den von ihnen so verhätschelten Tauben des Marktplatzes und denen, die sie essen! Wie erbärmlich und feige sind sie doch, daß sie das Schlachten ihrer zarten Nerven wegen nicht selber tun, ja, es nicht einmal sehen wollen, aber nicht verschmähen, die Tiere zu verzehren!

Die Kinder sehen diesem für sie interessanten Schauspiel mit Spannung und Aufregung zu. Wie muß es auf ihre empfänglichen Gemüter wirken?

Wenn der ehrsame Bürger über die Gefühlsroheit und Mordgier unserer Zeit jammert, so hat er selber viel Schuld mit daran; denn er unternimmt praktisch nichts, diesen Uebelständen durch eine vernünftige Erziehung entgegenzutreten.

Wann endlich Agrarreform in Spanien?

Das Agrargesetz, das die Erfolge der spanischen Revolution auch auf dem Lande fühlbar machen soll, ist immer noch nicht vom Cortez (dem Parlament) angenommen worden und es ist auch kein Anzeichen dafür vorhanden, daß es in der nächsten Zeit angenommen wird. Sollten vielleicht die spanischen Großgrundbesitzer im Dunkeln gegen dieses Gesetz „bohren", wie ihre deutschen Kollegen in Neudeck gegen das Siedlungsprogramm Brünings „gebohrt" haben? Schon einmal, im Jahre 1907, ist es den spanischen Herren der Latifundien gelungen, ein gegen sie gerichtetes Gesetz fast unwirksam zu machen. Heute, nach dem Sturz der Monarchie, haben sie noch mehr Ursache als damals, zu fürchten, daß ihnen das Gesetz an den Kragen geht.

Auch die Regierung ist sich darüber klar, worum es bei der Agrarfrage geht. Ein Mitglied des technischen Ausschusses zur Behandlung der Agrarfrage, Carrion, hat kürzlich ein Buch darüber veröffentlicht („Los latifundios en España"), zu dem der augenblickliche Justizminister, Fernando de los Rios das Vorwort geschrieben hat. In diesem Buch werden die zur Agrarreform vorgeschlagenen Maßnahmen erläutert. Sie stimmen sehr weitgehend mit der von uns befürworteten Agrarreform überein. Wir geben darum eine Darstellung des Plans Carrions, wie er im Pariser „Temps" beschrieben ist.

*

Es ist der Einwand gemacht worden, daß der Zeitpunkt für die Agrarreform doch sehr schlecht gewählt sei, angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise. Darauf antwortet Carrion: Im Gegenteil,

Maßnahmen zur Agrarreform sind unerläßlich, wenn man die Krise überwinden will: indem man die Kaufkraft der Landwirte vergrößert, hilft man Industrie und Handel dazu, aus ihrem augenblicklichen Zustand herauszukommen.

Wie soll die Kaufkraft der Landwirte vergrößert werden?

In den Provinzen Mancha, Andalusien und Estramadura besitzen etwa

7000 Großgrundeigentümer 6 Millionen Hektar Land.

Diese Großgrundeigentümer erhalten fast den gesamten Ertrag des Landes, während die Bevölkerung in außerordentlicher Armut lebt. Ebenso wie in Ostpreußen verhindern auch in Spanien die Junker die intensivere Bewirtschaftung des Bodens.

Welches sind die Folgen dieses Zustandes? Wieder braucht man nur auf Deutschland zu sehen oder auf irgend ein anderes Land, in dem der Großgrundbesitz sein Unwesen treibt: das Land ist entvölkert worden, während das Arbeitslosenheer in den Städten wuchs: die Löhne sind niedrig, die Landpacht hoch, der Boden wird ungenügend bestellt, das ganze Land ist verkommen. So sieht es in diesem Gebiet aus, das sich über ein Drittel der Fläche von Spanien erstreckt.

Wie ist es zu der Konzentration des Landes in wenigen Händen gekommen? Genau so wie in anderen Ländern die Ursache für die Entstehung des Großgrundeigentums in der Verteilung der politischen Macht zu suchen ist, erklärt sie Carrion auch für Spanien: Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem Bestehen von Latifundien und den natürlichen Bedingungen dieser Regionen. Die Ursachen des Großgrundeigentums liegen zum großen Teil weit zurück.

Das Großgrundeigentum ist geschaffen worden durch die Konzessionen, die zur Zeit der „Reconquista" (Eroberung) an die Adelsherren vergeben worden sind, und durch die Aufteilung nationaler und kommunaler Güter im 19. Jahrhundert.

Wie kann das Agrarproblem gelöst werden? Maßnahmen, die einzig und allein die Vergrößerung des Ertrages des Bodens zur Folge haben, reichen hier nicht aus: denn solange der Boden in den Händen der Großgrundeigentümer bleibt, werden diese die durch Entwässerung und ähnliche Maßnahmen, sowie durch Agrarkredite erlangten Gewinne nur selber in die Tasche stecken. So ist es in den vergangenen Jahren stets gewesen: Die landwirtschaftlichen Erträge haben sich, besonders infolge von Bewässerungsanlagen, verdoppelt oder verdreifacht; der Durchschnittslohn der Landarbeiter ist kaum um 50 Prozent gestiegen, während die Lebenshaltungskosten mindestens in gleichem Maße gestiegen sind. Die Lage der Landarbeiter hat sich also keineswegs verbessert.

Es genügt auch nicht, die Höhe des Pachtzinses zu begrenzen; denn solange das Land in den Händen einer kleinen Anzahl von Menschen ist, müssen die anderen sich gegenseitig überbieten, um seiner habhaft zu werden. Auch eine Steuer auf den Wert des Landes würde nicht hinreichen. Sie könnte umgangen werden und würde auch letzten Endes den Arbeitern nicht helfen.

Die wahre Lösung ist daher für Carrion folgende — und wir sind darin mit ihm einig:

der landwirtschaftliche Arbeiter soll zum Bauern gemacht werden, indem ihm Land zu Bedingungen gegeben wird, die ihm gestatten, es intensiv zu bewirtschaften.

Die Frage ist nun: Sollen die Arbeiter das Land gemeinsam auf großen Gütern, oder einzeln auf Bauernhöfen bewirtschaften?

In Anbetracht der Unterschiede in der Beschaffenheit der verschiedenen Teile Spaniens, wird diese Frage offen gelassen. Das Land soll an Gemeinschaften von Landwirten abgegeben werden und diese sollen dann selber entscheiden, ob es ratsamer ist, den Boden gemeinsam oder getrennt zu bebauen. Für die finanziellen Verpflichtungen sind die Gemeinschaften, nicht die einzelnen Bauern, verantwortlich.

Das Land ist Eigentum der Gemeinden, nicht der einzelnen Bauern,

und zwar aus folgendem Grunde: Durch schlechte Ernten oder außergewöhnliche Ausgaben kann der Einzelne leicht seines Eigentums verlustig gehen. Wenn aber das Land der Gemeinschaft gehört und also Hypotheken für den einzelnen Bauern verboten sind, so bedeutet das für den einzelnen Landwirt die Sicherheit, Land auf eine unbegrenzte Zeit in Pacht zu haben zu einem niedrigen Pachtzins, ferner allen Vorteil zu haben von den von ihm angebrachten Verbesserungen. Mehr, so meint Carrion, verlangen die Bauern nicht.

Besondere Wichtigkeit kommt der Bildung der Gemeinschaften der Bauern zu. Sie sollen, nach Carrion, „Schulen der Kooperation" sein, die die Vorteile des Individualismus mit denen des Kollektivismus in Einklang bringen sollen, die die Benutzung der neuesten technischen Maßnahmen und die weitgehende Organisation mit der Freiheit der Mitglieder verbinden sollen. Außerdem soll eine Organisation zur Beschaffung landwirtschaftlicher Kredite geschaffen werden.

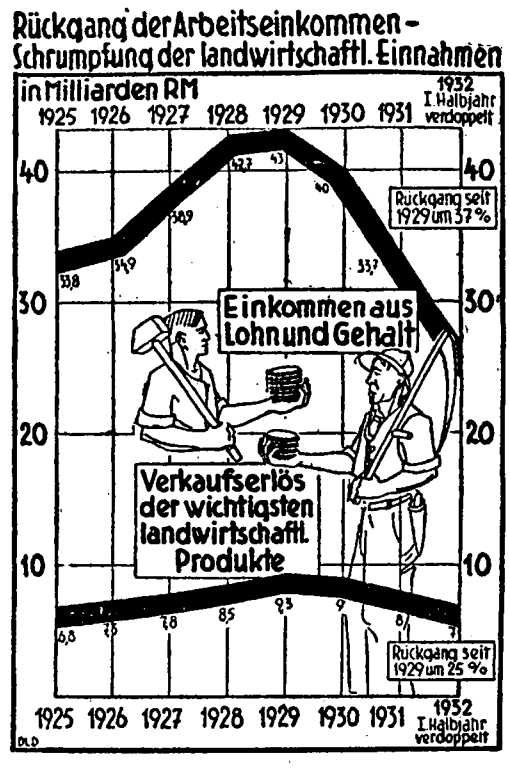
*

Die Verwirklichung dieses Programms kann gewiß eine Lösung der Agrarfrage bedeuten, ja, sie kann unter Umständen dazu führen, daß so viele Bauern angesiedelt werden, daß die Stadtarbeiter die Möglichkeit haben, eine weitgehende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen durchzusetzen. Gerade weil das der Fall ist, fürchten wir, daß die herrschende Klasse die Annahme dieses Gesetzes bis zum äußersten bekämpfen oder seine Durchführung verhindern wird. Wird die Regierung energisch genug sein, den Kampf aufzunehmen?

Wir stimmen Carrion völlig zu, wenn er bedauert, daß die provisorische Regierung das Agrargesetz nicht in den ersten Monaten nach der Revolution durch Verordnung erlassen hat.

Hilde Meisel (Paris).

Arbeiternot — Bauerntod.



... **Der Rückgang der Arbeitseinkommen vermindert bei der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung die Kaufkraft für landwirtschaftliche** Produkte. Infolgedessen führte, wie unser Schaubild zeigt, der Rückgang der *Arbeitseinkommen* (seit 1929) um 37 Prozent zu einem Rückgang des *Verkaufserlöses der Landwirte* um 25 Prozent, nachdem vorher Arbeitseinkommen und Verkaufserlös Hand in Hand gestiegen waren.

Der Erlös aus *Getreideverkauf* ist bekanntlich durch zahllose Staatseingriffe im Interesse der Großgrundeigentümer ziemlich stabil gehalten worden. Das Sinken der Kaufkraft für Agrarprodukte wirkte sich daher besonders im Rückgang der Preise und damit der Verkaufserlöse für Vieh und Viehprodukte, also *bäuerliche Veredelungsprodukte*, aus.

Die Bauern haben, wie unser Bild zeigt, das größte Interesse daran, daß die Arbeitseinkommen in der Stadt wieder steigen. Außerdem liegt es im wohlverstandenen Interesse der Bauern, sich dagegen zu wehren, daß die Großagrarier ihnen von der sinkenden Kaufkraft der Städter weiterhin durch Hochhaltung von Getreide- und Brotpreis einen starren Teil wegfangen.

Kurz: Arbeiternot ist Bauerntod; Arbeiternot gleichzeitig mit Maßnahmen zur Verhinderung von Großagrariertod, das ist beschleunigter Bauerntod!

Der Bauer gehört also an die Seite der Arbeiter im Kampf gegen den *Brotwucher* der Großagrarier, das heißt — da diese ohne Brotwucher nicht existieren können —: im Kampf gegen das *private Großgrundeigentum*.

H. H.

Die selbstgewählten Vertreter der Landwirtschaft.

Eine feudale Liste.

Die Landwirtschaftskammern sind die Selbstverwaltungskörperschaften der deutschen Landwirtschaft. Daß sie zu einem großen Teil lediglich Interessenvertretungen der Großgrundeigentümer sind, zeigt die folgende Liste von Landwirtschaftskammerpräsidenten, die wir der im Dietz-Verlag erschienenen Schrift „Landmann, erwache!" entnehmen:

Gebiet	Kammerpräsident	Besitz in Morgen
Ostpreußen	Rittergutsbesitzer Brandes	5464
Brandenburg	Rittergutsbesitzer von Oppen	7204
Grenzmark Posen-Westpreußen	Rittergutsbesitzer Weber-Hermsdorf	2896
Pommern	Rittergutsbesitzer von Flemming	3200
Niederschlesien	Amtsrat von Bernutz-Heinsdorff	1660
Sachsen	Dr. von Helldorf-Baumensroda	1192
Schleswig-Holstein	Graf von Rantzau, Schloß Breitenburg	800
Hannover	von Reden	1112
Westfalen	Freiherr von Ledebur-Crollage	904
Kassel	Kammerherr von Keudell	800

Großgrundbesitz und Arbeitslosigkeit.

Eine Statistik, die der „Deutsche Volkswirt" kürzlich brachte, zeigt mit großer Deutlichkeit, wieviel stärker die Arbeitslosigkeit in den Gebieten des Großgrundbesitzes als in den bäuerlichen Gebieten ist. Wir lassen die Statistik hier folgen:

Landwirtschaftliche Arbeitslose in Prozent der landwirtschaftlichen Erwerbswilligen:

	Juni 1931	Februar 1932
Reich	1,1	3,3
Ostpreußen	0,8	3,5
Pommern	1,4	3,4
Schlesien	1,8	7,7
Brandenburg	2,1	6,1
Rheinland	0,9	1,9
Bayern	0,6	1,4
Südwestdeutschland	0,3	0,9

Im Winter 1931/32 machten die Arbeitslosen in der Landwirtschaft

im Großgrundbesitzgebiet Schlesien 7,7 Prozent, im kleinbäuerlichen Südwestdeutschland nur 0,9 Prozent der Erwerbswilligen aus!

H. Lm.

Sowjet-Landwirtschaft.

Dem Bericht über die Entwicklung der Industrie der Sowjet-Union im ersten Halbjahr 1932 (in Nr. 179 des „Funken") lassen wir hier einige Mitteilungen desselben Mitarbeiters über die Lage in der Landwirtschaft folgen:

Die Aussaat ist in den von der vorjährigen Mißernte betroffenen Gegenden unter Schwierigkeiten der Aufbringung von Saatgut vor sich gegangen. In Anbetracht aller Umstände können die Resultate wohl als befriedigend erachtet werden. Zum 1. Juli betrug die angebaute Saatfläche:

	Hektar	Planerfüllung
Staatsfarmen	11 021 800	105,5 %
Kollektivgüter	66 705 200	95,3 %
Einzelbauern	18 949 200	86,1 %
Insgesamt	96 676 200	94,5 %

oder 99,6 Prozent der am 1. Juli 1931 bestellten Fläche.

Die Vorarbeiten für den Anbau von Wintergetreide erstreckten sich am 5. Juli auf 7 273 000 Hektar gegenüber 10 190 000 Hektar zum gleichen Stichtag im Vorjahr.

Die Erntearbeiten im nördlichen Kaukasus und in der Ukraine entwickelten sich nach Angaben des Landwirtschaftskommissariats bis zum 25. Juni zwei bis drei Mal lang- 10 190 000 Hektar zum gleichen Stichtag im Vorjahr.

Die Ernteaussichten standen Ende Juni günstiger als im Vorjahr. Es wurde eine Durchschnittsernte von 7,8 Doppelzentner je Hektar erwartet (1 Doppelzentner mehr vom Hektar als im Vorjahr). Im ganzen wird mit einer Mehrernte von 9 Millionen Tonnen Getreide gerechnet. Die Gefahrperiode für die den Dürregefahren ausgesetzte Zone wird als bereits überwunden erachtet.

B. W.

USA

Schließung der größten Getreidebörse der Welt: Die Regierung hat die Schließung der Chikagoer Getreidebörse ab 1. August auf zwei Monate angeordnet, zur Strafe dafür, daß sie es abgelehnt hat, den 1929 gegründeten Genossenschaftsverband der Farmer zur Börse zuzulassen. Dieser wollte Börsenmitglied werden, um nicht mehr wie bisher auf den Verkauf durch Kommissionäre angewiesen zu sein. Die Schließung der Börse bildet anscheinend einen Teil der Wahlpropaganda Hoovers zur Werbung von Farmer-Stimmen; Landwirte machen ja bekanntlich allenthalben für niedrige Getreidepreise nicht die *Marktlage*, sondern die *Börse* verantwortlich. — Vermutlich wird die Schließung der Börse gerade in den Erntemonaten dazu führen, die Getreidepreise weiter zu drücken!

DEUTSCHLAND

Sparkasseneinlagen stark rückläufig!

Spareinlagen Ende Mai		9 905 Mill. Mark,
Zugang im Juni:	echte Neueinlagen	330 Mill. Mark,
	Zinsgutschriften	16 Mill. Mark,
	Aufwertungsgutschriften	15 Mill. Mark,
	zusammen	10 266 Mill. Mark.
Auszahlungen im Juni		466 Mill. Mark,
Spareinlagen Ende Mai		9 800 Mill. Mark.

Der Einlagenbestand hat also um 105 Millionen Mark abgenommen. Die echten Neueinzahlungen waren um 25 Millionen Mark geringer, die Auszahlungen um 42 Millionen Mark höher als im Vormonat. — Sichtlich eine Folge der innenpolitischen Vorgänge!

Aufgelegte Schiffe: Nach der amtlichen Statistik lagen am 1. August 1932 im Hamburger Hafen 177 Seeschiffe, darunter 157 deutsche, mit insgesamt 762 000 Brutto-Registertonnen unbenutzt still. Am 1. Juli waren es erst 154 Schiffe, darunter 138 deutsche, mit insgesamt 718 000 Brutto-Registertonnen. — Die Zahl der stillgelegten Schiffe ist also innerhalb des vergangenen Monats weiter gestiegen um 23 Schiffe mit 43 000 Brutto-Registertonnen.

UNGARN

Deutschland kauft Weizen: Zwischen der ungarischen und deutschen Regierung ist eine Vereinbarung getroffen worden, die den Verkauf eines bedeutenden Teiles des diesjährigen ungarischen Weizenüberschusses sicherstellt. Als Gegenleistung für die günstigen Bedingungen des Weizenverkaufs sichert Ungarn gewisse industrielle Zollbegünstigungen zu.

BELGIEN

Kein Zollkrieg mit Frankreich: Da die französische Regierung unter dem Druck der belgischen Drohungen das Einfuhrkontingent für Gemüse und Früchte aus Belgien verdoppelt hat, bleibt Belgien und Frankreich der bereits vorbereitete Zollkrieg (vergleiche Nr. 172) hoffentlich erspart.